

Wechselgerücht um Ferrari-Chef

AUTOS red. Rund um den Grossen Preis von Italien in Monza verdichten sich die Gerüchte um einen unmittelbar bevorstehenden Rücktritt des langjährigen Ferrari-Präsidenten Luca di Montezemolo (Bild). Schon nach dem Formel-1-Rennen in Monza am Sonntag könnte der 67-Jährige nach 23 Jahren an der Spitze der Scuderia seinen Abschied ankündigen. Das berichteten Tuttosport in Turin und die namhafte Mailänder Tageszeitung «Corriere della Sera», zu deren Aktionären auch die zum Fiat-Imperium gehörende Gesellschaft Giovanni Agnelli & Co. gehört. Fiat Chrysler ist der Mehrheitsaktionär Ferraris.



In Ungnade gefallen

Den Berichten zufolge ist zwischen Fiat-Geschäftsführer Sergio Marchionne und Montezemolo auch wegen der schwachen Leistungen des Rennstalls in den vergangenen Jahren ein Konflikt ausgebrochen. Montezemolo, der beste Verbindungen zu den Erben des 2003 verstorbenen Firmenpatriarchen Giovanni Agnelli hatte, soll bei Marchionne in Ungnade gefallen sein, dieser will Fiat nach der Fusion mit dem US-Partner Chrysler zu einem Schwergewicht der globalen Autoindustrie aufbauen.

Wechsel zu Alitalia

Montezemolo könnte demnach zum neuen Präsidenten der maroden Fluggesellschaft Alitalia ernannt werden, zu dessen Hauptaktionär die arabische Airline Etihad aufgestiegen ist. Etihad ist ein Hauptsponsor Ferraris. Als möglicher Nachfolger Montezemolos wird Fiat-Präsident John Elkann, ein 38-jähriger Enkel von Giovanni Agnelli, gehandelt. Nicht ausgeschlossen wird in Maranello allerdings, dass Fiat-Chef Marchionne selbst das Ruder des Sportwagenherstellers übernehmen könnte. Schon seit Monaten halten Indiskretionen an, laut denen er seit 1991 als Ferrari-Chef amtierende Montezemolo das Handtuch werfen könnte.

BP droht weitere Milliardenstrafe

ÖLKATASTROPHE Die Explosion der Ölbohrplattform «Deepwater Horizon» kostete BP bisher über 40 Milliarden Dollar. Jetzt könnte es noch einmal richtig teuer werden.

RENZO RUF, WASHINGTON
wirtschaft@luzernerzeitung.ch

Über 50 Seiten zählt das Urteil des US-Gerichts. Wer sich aber nicht durch die langatmige Auseinandersetzung mit den Tücken der Ölförderung in der Tiefsee und dem amerikanischen Umweltrecht kämpfen will, findet die Essenz des Richterspruchs auf der zweitletzten Seite. Dort schreibt Bundesrichter Carl Barbier, ein bärbeissiger Jurist, der sich in New Orleans (Louisiana) seit vier Jahren mit der juristischen Aufarbeitung der Ölpest im Golf von Mexiko im Frühjahr 2010 herumschlägt: «Die Schuld wird aufgeteilt: BP – 67 Prozent, Transocean – 30 Prozent, Halliburton – 3 Prozent». BP habe «rücksichtslos» gehandelt und aus Profitgier bekannte Risiken bei der Förderung von Öl vernachlässigt. Dies führte letztlich zur Explosion der Plattform «Deepwater Horizon» vor der Küste von Louisiana, sagte Barbier, bei der am 20. April 2010 elf Menschen starben und bis zu 5 Millionen Fass Öl in den Golf von Mexiko strömten. Dem in Steinhäusen domizilierten Bohrinself-Besitzer Transocean und dem Zulieferbetrieb Halliburton könne hingegen bloss Fahrlässigkeit vorgeworfen werden, urteilte Barbier. «Transoceans Versagen betrifft mehrheitlich die Unfähigkeit, die durch BP in Gang gebrachte Katastrophe zu stoppen», heisst es im Urteil.

Busse in Höhe bis zu 18 Milliarden

Für die BP kommt dieses Urteil, am späten Donnerstag publiziert, einem herben Rückschlag gleich. Im schlimmsten Fall könnte Richter Barbier den britischen Konzern nun – unter dem U. S. Clean Water Act, einem wegweisenden Gesetz, das bei Umweltverschmutzungen zur Anwendung kommt – zu einer zivilrechtlichen Busse von bis zu 18 Milliarden Dollar verknurren. Diese happige Entschädigungszahlung wird sich erneut



Im April 2010 explodierte die Ölplattform «Deepwater Horizon» im Golf von Mexiko.

EPA

negativ auf das Betriebsergebnis von BP auswirken. Denn bisher beliefen sich die Rückstellungen für umweltrechtliche Forderungen nur auf 3,5 Milliarden Dollar. Insgesamt hat BP fast 43 Milliarden Dollar ausgegeben, um die Folgen der Ölpest im Golf von Mexiko zu beseitigen – obwohl der Konzern immer wieder beteuerte, für das Unglück nicht allein verantwortlich zu sein.

«Die Entscheidung des Gerichts wird sicherstellen, dass das Unternehmen voll für seine Fahrlässigkeit zur Rechenschaft gezogen wird», sagte US-Justizminister Eric Holder am Donnerstag. Das Urteil werde auch als Abschreckung dienen.

Transocean profitiert

An der Börse in New York brach der Aktienkurs des Ölkonzerns am Donnerstag um mehr als 6 Punkte ein. An der

Börse kam auch Transocean unter Druck, obwohl der Urteilspruch aus Sicht des Unternehmens «positiv und willkommen» war, wie es in einer Stellungnahme von Konzernchef Steven Newman hiess. Transocean profitiert davon, dass es gegen Haftungsansprüche des britischen Konzerns rechtlich abgesichert ist – weil der Bundesrichter das Verschulden des Bohrinselfbesitzers als «fahrlässig» taxierte und nicht als «rücksichtslos», bleiben die entsprechenden Verträge zwischen BP und Transocean in Kraft. Bereits im vorigen Jahr hatte die Zuger Firma die Ansprüche der amerikanischen Regierung beglichen und in einem straf- und zivilrechtlichen Vergleich insgesamt 1,4 Milliarden Dollar an die öffentliche Hand überwiesen. Halliburton wiederum einigte sich diese Woche mit individu-

ellen Klägern auf eine Entschädigungssumme von 1,1 Milliarden Dollar.

Entschädigung nach oben offen

BP kündigte an, das Urteil anzufechten – weil der Richterspruch nicht durch Beweismaterial untermauert werden könne. Damit geht der britische Konzern weiter auf Konfrontationskurs mit Richter Barbier. Bereits streiten sich BP und Barbier über einen Entschädigungsfonds und dessen grosszügige Konditionen. Die Briten behaupten, dass sie von windigen Gestalten übers Ohr gehauen werden – die aufgrund der laschen Aufsicht über den Entschädigungsfonds Millionen von Dollars einkassiert hätten. Barbier verweist auf das Abkommen, das BP im Jahr 2012 abgeschlossen hatte und das «gegen oben offene» Entschädigungszahlungen vorsieht.

SNB-Vize tritt 2015 zurück

BERN sda. Jean-Pierre Danthine, Vizepräsident der Schweizerischen Nationalbank (SNB), tritt mit dem Erreichen seines ordentlichen Pensionsalters und mit Ablauf der Amtsperiode 2009 bis 2015 auf Ende Juni 2015 in den Ruhestand. Danthine setzte den Bankrat der Nationalbank gestern von seinem Rücktritt in Kenntnis, wie die Nationalbank am selben Tag mitteilte. Der heute 64-Jährige gehört dem Direktorium der SNB seit Januar 2010 an, wo er zunächst das dritte Departement (Finanzmärkte, Operatives Bankgeschäft und Informatik) leitete. In dieser Funktion war er für die operative Umsetzung des 2011 eingeführten Euro-Franken-Mindestkurses verantwortlich und musste gegenüber Kritikern etwa die massiven Eurokäufe durch die SNB verteidigen. Seit 2012 führte der zweifache Familienvater als Vizepräsident das zweite Departement und war damit für die Finanzstabilität, Bargeld, Finanzen und Risiken zuständig. Diese Zeit war mehrheitlich von den Ungleichgewichten auf dem schweizerischen Immobilien- und Hypothekemarkt geprägt.

Professur in Lausanne

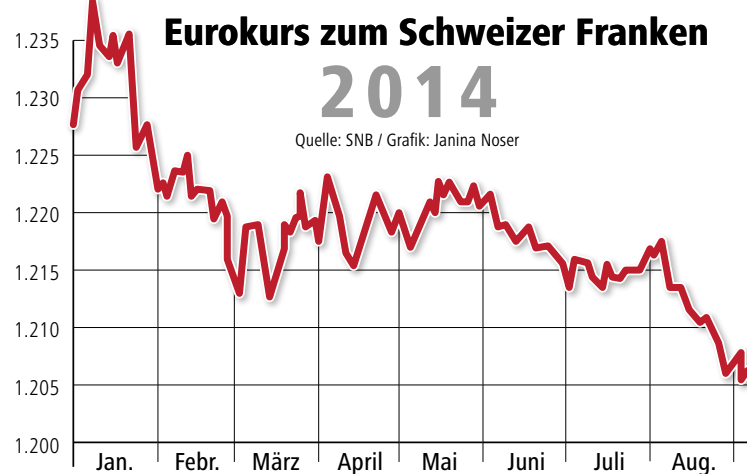
Bevor der belgisch-schweizerische Doppelbürger Danthine zur SNB kam, war er als Forscher und Autor tätig. Der gebürtige Belgier hatte in den 1960er-Jahren Wirtschaft an der Universität von Louvain studiert. Danach doktorierte er in den USA in Wirtschaftswissenschaften an der Carnegie-Mellon University. Er unterrichtete an der Columbia University in New York und hielt Gastprofessuren an amerikanischen, kanadischen und französischen Universitäten.

Wer vom EZB-Entscheid profitiert

Die Europäische Zentralbank (EZB) kauft mit ihrem Entscheidungskpaket Zeit. Der Zinssenkungsspielraum ist ausgeschöpft, und die Massnahmen sind in Deutschland auf scharfe Kritik gestossen. Nun sind Italien und Frankreich dringend aufgerufen, Struktur-reformen beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt wirklich in konkrete Taten umzusetzen. Die Banken werden zudem ermuntert, das Billiggeld auch günstig den KMU für deren Wachstumsideen zur Verfügung zu stellen. Die Kreditdynamik soll die Konjunktur entfachen. Das ist nicht hoffnungslos. Griechenland, Irland, Spanien und Portugal sind vier Euroländer, die sich langsam und stetig aus ihrer schlimmsten Krise herausarbeiten.

Aus unserer Sicht verhilft der EZB-Entscheid zu einem tieferen Frankenkurs. Güter und Dienstleistungen werden im Dollarraum und in den damit eng verbundenen Währungsräumen günstiger. Das wirkt sich durch unsere exportorientierte Unternehmenslandschaft insgesamt positiv aus. Die grössere Wirkung ist jene auf den Zinssatz. Das Banksparen wird lange unattraktiv bleiben, und das Ausweichen auf Obligationen birgt vor allem Risiken in sich, für die man nicht mehr fair entschädigt wird. Die Renditeerwartungen an Finanzprodukte, die vor allem mit Anleihen verbunden sind, müssen zurückgeschraubt werden.

Umgekehrt besteht ein positiver Effekt darin, dass sich Schweizer Unternehmen zu rekordtiefen Zinsen verschulden können. Eine sechsjährige Anleihe vom Maschinenbauer Bobst,



Maurice Pedernana ist Professor am Institut für Finanzdienstleistungen Zug der Hochschule Luzern.

ANALYSE

der noch am Bewältigen einer schweren Krise ist und über ein mässiges BBB-Rating verfügt, wirft 1,4 Prozent Rendite pro Jahr ab. Damit löst die Firma eine Anleihe ab, die noch zu 5 Prozent verzinst wurde. Die Firma Bucher Industries zahlt für eine Anleihe mit gleicher Laufzeit nur gerade 0,6 Prozent und löst damit eine zu 3 Prozent verzinsten Anleihe ab. Die

günstige Refinanzierung entlastet den Finanzaufwand um jährlich rund 4 Millionen Franken und wird einen wesentlichen Beitrag zum Gewinn beisteuern.

Die Marktpreise sind durch den EZB-Entscheid von den Risiken entkoppelt. Eine Firma, die nach gängiger Interpretation der hiesigen institutionellen Investoren nicht über einen «Investitionsstatus» verfügt, kann auf dem überhitzten Markt Kapital in dreistelliger Millionenhöhe ergattern. Die im zyklischen Textilmaschinen-sektor tätige Rieter, vor wenigen Jahren mit einer Kapitalerhöhung vor dem Konkurs gerettet, kommt mit einer Anleihe in Höhe von 1,5 Prozent Rendite auf den Kapitalmarkt. Und solche Papiere gehen weg wie frische Semmeln! Auch deshalb ist klar: Der Sparer wird noch jahrelang leer ausgehen, ausser man beteiligt sich über Aktien am unternehmerischen Erfolg.

Grossauftrag für Landis + Gyr

ZUG sda. Der Zuger Stromzählerproduzent Landis+Gyr hat von der französischen ERDF einen Grossauftrag erhalten. Für 60 Millionen Euro liefert das Unternehmen Stromzähler mit dem Namen Linky. Linky ist ein intelligenter Stromzähler (Smart Meter), der Daten zum Stromverbrauch direkt dem Elektrizitätsunternehmen meldet. ERDF (Electricité Réseau Distribution France) verwaltet in Frankreich Teile des öffentlichen Stromnetzes, welches erneuert wird.

ANZEIGE

ATTRAKTIVE BANKAKTIEN?



«Lesen Sie in unserer Kundeninformation Check-Up (www.reichmuthco.ch), wie wir Bankaktien 6 Jahre nach der Bankenkrise einschätzen.»

Patrick Erne, CFA

PRIVATBANKIERS

REICHMUTH & CO

INTEGRALE VERMÖGENSVERWALTUNG

CH-6000 LUZERN 7 RÜTLIGASSE 1 +41 41 249 49 49
CH-8002 ZÜRICH TÖDISTRASSE 63 +41 44 299 49 49
www.reichmuthco.ch